

Die Halle monatlich für zwei Monate... 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark

Volke-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Preis 1. 70 Pf. 2. 30 Pf. 3. 10 Pf. 4. 5 Pf. 5. 2 Pf.

Nr. 435.

Halle, Dienstag, den 17. September.

1918.

Das erste Echo aus der Entente.

Stimmen aus Frankreich und England über die österreichisch-ungarische Friedensnote.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 16. Sept., abends. (Antikl.) Erneute Angriffe des Feindes zwischen Ailette und Aisne sind im großen gestoppt.

Wiener Bericht.

Abgewiesene italienische Vorstöße. WTB. Wien, 16. Sept. Antikl wird verkauft: Bei Wort und auf dem Monte Cimone wurden feindliche Patrouillen abgewiesen.

Ein Gelöbniß christlicher Metallarbeiter.

WTB. Duisburg, 16. Sept. (Drahtnachricht.) Die hier tagende S. Generalversammlung der christlichen Metallarbeiter Deutschlands beschloß folgendes Telegramm an den Kaiser zu senden:

Die in Duisburg in der Tonhalle tagende Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, der ca. 100 000 Mitglieder angehören, sendet Eurer Majestät ihren verbindlichsten Dank für die landesväterlichen Worte, die Euer Majestät von den Kruppischen Werken aus an die gesamte deutsche Arbeiterklasse gerichtet und die in unser aller Herzen wahren Himmelslichter sind.

Clemenceau im Besitz der Note.

Die französische Linksparteien verlangen eine parlamentarische Mitarbeit bei Aufklärung der Antwort auf Burians Note. Genf, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.)

Die Antisparten hätten sich Genanten verschafft, daß diesmal das feindliche Angebot vor seiner Beantwortung in aller Form zur Beratung überwiegen werden soll. Die Frage der Kriegskredite hängt nunmehr schon wegen der Haltung der sozialistischen Mehrheit unlösbar von der Art der Behandlung des Verhandlungsangebotes durch die französische Regierung ab.

Die erste englische Aeußerung.

WTB. London, 16. Sept. (Drahtnachricht.) „Daily Chronicle“ schreibt zu der österreichisch-ungarischen Friedensnote: Das österreichische Angebot ist die erste direkte Antwort auf ein solches Angebots, die seit Kriegsbeginn unentnommen worden ist.

Die Berliner Beratungen.

Nationalliberale Teilnahme an den weiteren interfraktionellen Besprechungen? Berlin, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.)

In führenden Parteikreisen wird, wie verlautet, eifrig die Frage erörtert, auf welche Voraussetzungen sich die österreichisch-ungarische Friedensnote beruht. Die nationalliberalen Reichstagsfraktionen sind morgen zusammen zu kommen, um alle künftigen Probleme zu erörtern und vor allem die durch die österreichisch-ungarische Note geschaffene Situation zu prüfen.

Wer hat die Führung?

Frankfurt a. M., 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Aufschrift, die der „Frankf. Ztg.“ von parlamentarischer Seite zugeht, heißt es: In der Allereinstimmung der Schritte von Wien und Berlin liegt das Lebensgewicht für die politische Betrachtung der Burian-Note.

Allerlei Russisches.

WTB. Moskau, 16. Sept. (Drahtnachricht.) Nach dem am 11. September in den Betrieben veröffentlichten Kriegsberichten sind die Militärtruppen um mehrere Zehner tausend Mann auf der Nordfront in Richtung Ardennegebiet in solche starken feindlichen Drängen ausgesetzt.

Gemeinsames Inter.

In der vorigen Woche teilte, wie erinnerlich, der deutsche Heeresbericht mit, daß sich österreichisch-ungarische Regimenter an der Abwehr der feindlichen Vorstöße im Bogen von St. Mihiel mit Erfolg beteiligten. Die durch die Anwesenheit der verbündeten Truppen an der Westfront zum Ausdruck kommende Bundesstreue wurde durch die Wiener Presseäußerungen untergraben.

Zeit dem gemeinsamen, im Heeresberichte besonders hervorgehobenen Kampfe auf der Côte Lorraine erleben wird die Friedensnote des Grafen Burian, die — ganz gleich ob die deutsche Regierung vorher von dem geplanten Schritte unterrichtet war oder nicht — von der Entente-Seite so ausgelegt werden könnte, als löstere sich der bisherige feindliche Verbund.

Die feindlichen Blätter hielten nicht nur fest an ihrer Forderung von Elsch-Lothringen, sie ließen auch keinen Zweifel darüber, daß die Entente-Ziele gegenüber der Österreichisch-ungarischen, der Türkei und auf dem Balkan die angestrebten sind. Insbesondere wurde von den englischen Blättern mit bemerkenswerter Einmütigkeit ausgesprochen, daß die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest bei einem Frieden, wie ihn die Entente will, unter keinen Umständen bestehen könnten.





# Wien und die Rede Payers.

## Graf Burian und die Regie der Mittelmächte.

Die „Neue freie Presse“ macht in ihrer Besprechung der Rede des Vizekanzlers v. Payer sehr beachtenswerte Bemerkungen:

„Erst hat Graf Burian erklärt, er komme aus den Gedanken einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der kriegsführenden Mächte zurück. Dann hat Kaiser Wilhelm seine Worte für das Ausgehen bis zum Gottes Gelächel wie am Beginn des Krieges. Heute wird über die Rede des Vizekanzlers v. Payer aus Stuttgart berichtet, über eine der wichtigsten in den letzten vier Jahren. Geheimnis ist, wo in solchen Verwickelungen von Inhalt und Form die Einheit des Gedankens und Willens sei und wie diese Einigkeit sich zu einer höheren Überwindung verbinden könne. Geheimnis ist, in seiner Rede die Friedensbedingungen des Deutschen Reiches, hat den Entwurf eines Friedensvertrages mitzuteilen. Der Staatssekretär Dr. Solf hat erst vor einigen Wochen sich nicht ohne starken Widerhall bemüht, die Wägung von Deutschland zu beweisen, und kein Unbegabener konnte nach diesen Erklärungen den Vorwurf erheben, daß die Politik in Berlin von dem Verteidigungsstreife mangelhaft sei und Eroberungen wolle. Herr von Payer geht tiefer in die Einzelheiten hinein, sagt sie beinahe in Paragrafen und hat den Wunsch, mit der ihm eigentümlichen Geschlossenheit und Klarheit die Weltmale des Friedens, wie ihn Deutschland braucht und will, genau zu bestimmen. Geheimnis ist schließlich, warum das geschieht, bevor die Ausrückung des Grafen Burian, daß die kriegsführenden Mächte sich über einen Meinungsstand verständlich sollten, aus dem Vorlesung zum Entschluß und zur Ausführung leicht gestaltet hat. Die Wissenden könnten sich viel fragen.“

Der „Norddeutsche“ sagt dazu: „Das lieft sich genau wie ein Vorwurf gegen die Berliner Ansichten, daß sie nicht beabsichtigen, nicht getan hätten, der Aktion des Grafen Burian föhrende Einflüsse — zu denen offenbar kategorische Erklärungen über das gerechnet werden, was Deutschland das halten will und was nicht — fernzuhalten.“

## Der „unparteiische Ton“ Burians.

„Wohlfahrt“, 15. September. „Welter Abend“ schreibt: Die bisherigen gemeinsamen Friedensrichtlinien der Monarchie erlitten einen Misserfolg, auch deswegen, weil die gemäßigten Staatsmänner, in einer Abwechslung von vornherein erfüllten, ihre Risse für die Befriedigung mit der Vereinbarung zu gewinnen verstanden, daß der Vertrag nicht aufrecht gemeint sei, daß man aber noch der Monarchie Christliche der Friedensbestimmung auszuweisen dürfe, aber annehmen müßte, daß sie im abgeleiteten Spiel von ihren Verbänden beiseite wurde, um loszulassen mit ihrem besten Willen die Befriedigung eines Staatsmannes, der Deutschland zu werden. Diese Ansicht ist fortan unmöglich. Der selbständigen Friedensrichtlinien der Monarchie wird man auf diese Weise nicht verdrängen können. Den Erwartungen der Friedensbestimmung verliert Graf Burian zu sein, er vertritt nicht die Einheit, alle Kontingenzen übertragenden unparteiischen Ton seiner Rede durch die Gewand eines Staatsmannes, der dem Zweck des Friedens aufsteht von der Tatsache abstrahiert, daß er selbst leitender Staatsmann einer kriegsführenden Macht ist.

## Oesterreichs Kriegsminister über die Lage.

Wesentliche Kräfte im Osten gebunden. — Größte Zuversicht für den Westen. — Derhoffnungsvollere Teil.

WTB. Wien, 15. Sept. (Nachricht des Wiener T.B.) In einem dem Vertreter der „Neuen Fr. Pr.“ gewährten Interview erklärte Kriegsminister von Stöger-Steiner u. a.:

„Durch den Friedensschluß mit Rußland und Rumänien fanden wohl die Kampfbedingungen im großen an dieser Front ein Ende, aber die auch heute noch ungeklärten Verhältnisse im Inneren Rußlands zwingen uns, was ich zum Teil und in ähnlicher Weise an dieser Front weiter zu erhalten. Die trotzdem an der Ostgrenze freigemachten Formationen mußten aber der Südwestfront zugeschießt werden, um das dort bis dahin sehr ungünstig vorhandene Kräfteverhältnis auszugleichen. Die stets zunehmende Intensität der Kampfhandlung ließ aber keine Materialparnis zu.“

Auf die Frage, welches Urteil der Kriegsminister über die militärische Lage im Westen habe, erwiderte er, der spanische Angriff zwischen Vercen und Vercen war zweifellos sehr gefährlich und hat die deutschen Truppen in eine ernste Lage gebracht, den auch ein rechtlicher Angriff gelegentlich als Gefahr berechnen hat. Die Unzufriedenheit bezüglich der Lage die größte Zuversicht. Die Deutschen zeigen aus der eingetragenen Lage die häufigsten Konsequenzen. Aus dieser kurzen Darstellung der letzten Ereignisse kann wohl jeder ersehen, daß die Initiative nach wie vor bei den Deutschen verbleibt. Nun stehen beide Parteien vor neuen Entschlüssen. Ich glaube, man braucht kein Strategie zu sein, um mit einem Blick auf die Karte zu erkennen, daß unsere Bundesstaaten hierbei den hoffnungsvolleren Einzug haben.

## Erhöhte Feuerfähigkeit auf der ganzen mazedonischen Front.

WTB. Sofia, 15. Sept. Heeresbericht vom 14. Sept. Mazedonische Front: Im oberen Eubulinal zerstreuten unsere Kräfte die feindlichen Einheiten vollständig. Auf der ganzen Front vom Westende bis zum Westende erhöhte Feuerfähigkeit. Westlich und nördlich von Bitola wurden mehrere feindliche Kompanien, die sich unseren Gräben nach helles Feuer über Vorbereitung zu nähern versuchten, durch Feuer zerstört. Im Cerabogor beiderseitiges heftiges Artilleriefeuer. Südlich von Graboniza und am Doljopozje griff der Feind noch langer Artillerievorbereitung unsere vorgeschobenen Gräben zweimal mit beträchtlicher Kraft an, wurde aber blutig zurückgeworfen. Von Humo bis Gemengh lange Gewehrfeuer der Artillerie beider Teile. Ostlich von Warvar und am Doljopozje wurden englische Einheiten durch Feuer zerstört.

Verbindung durch ostenglische Reduten.

Wohlfahrt, 16. Sept. Keiter. Die portugiesische Regierung hat dem Ansuchen des Generals Peixoto um portugiesische Kräfte in Portugal, die dem amerikanischen Heere zugeführt werden sollen, damit amerikanische Soldaten, die jetzt zu Arbeiten winter

der Front verwendet werden, für die Front freikommen. Mehrere Tausend portugiesische Arbeiter werden demnach nach Frankreich abgehen.

## Englisches Flugzeug in Holland gelandet.

WTB. Miffingen, 16. Sept. Gestern landete in der Nähe von Miffingen ein englisches Flugzeug. Die Flieger werden interessiert. Ein zweites Flugzeug ist auf der See bei niederzulegen.

## Sinnlands künftiger König lernt finnisch.

Sellingsfors, 16. Sept. (Helsingfors). Im Prinz Friedrich hat Unterricht im Finnischen zu erlernen, heißt es. Dr. Salm nach dem Land ab. Sein Aufenthalt wird auf vier bis sechs Wochen dauern.

## Deutsches Reich.

### Dr. Solf beim Zar von Bulgarien.

Sofia, 16. September. Staatssekretär Dr. Solf wurde vom Zar von Bulgarien empfangen. Die an Dr. Solf Aufenthalt anknüpfenden, bereits abgemachten Vereinbarungen werden in offiziellen Kreisen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Diese Kreise sind der Auffassung, daß der Grund für Soffs Reise liegt über die ihm formale Anerkennung der bulgarischen Übergabe des Geländes an das Rote Kreuz) hinausgehen dürfte.

### Soffs Besprechungen.

Sofia, 16. Sept. Agence Bulgare. Staatssekretär Dr. Solf hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Radoslaw. Seine Besuche in den Ministerräten nach wie vor und darauf den Finanzminister Radoslaw. Nachmittags wird der Staatssekretär im Schloß empfangen.

### Die Not der Privatrentenstellen.

Während alle Staatsbeamten, einschließlich der Geistlichen und Lehrer, neuerdings wieder eine sehr betrübliche einmalige Zulage erhielten, ist die Lage der Privatrentenstellen nach wie vor verheerend. Allmählich raffen sich nun aber die arbeitslosen Verände auf und suchen ihre Forderungen durchzusetzen, die in Anbetracht der Zeiten gerecht und billig sind. Es vertritt die Not der Deutschen Bankbeamten folgenden Natur:

Die Not der Zeit liefert Beispiele auf den Angehörigen des Bankwesens. Solange ein privater Mitarbeiter sich mit einem Gehalte von 3600 Mark monatlich befand, sollte er keine Bankdirektion das Recht, sich auf Kosten der laufenden Bankrenten das zwanzig- und mehrfache Ministergehalt in die eigene Tasche zu schütten. Diesen barbarischen Verhältnissen muß seitens der Beamtenhöflichkeit nachdrücklich entgegengetreten werden, daß ganz andere Summen erforderlich sind, um der schwer leidenden Angehörigenlast aus ihrer Not zu helfen, als die bisher gewährten geringen Almosen. Was als Minimum verlangt werden kann und was die Banken dank ihrer Verdienste auch sehr wohl leisten können, das ist:

1. Ein einmalige Entschädigung und Entschädigungsbetrag von 2000 Mark für Männer als 5 Jahre im Betriebe Tätige (auswärtig 500 Mark plus 200 Mark pro Kind für Bezieher), und 1000 Mark für alle anderen Mitarbeiter. Die Kriegsteilnehmer sind entsprechend zu berücksichtigen.
2. Verdoppelung der festen Gehälter.

### Unschönheiten.

Berlin, 16. Sept. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verteilung des Sterns am Kreuzorden 2. Klasse an den Reichsminister von Breslau Dr. Bräuer, die Verteilung des Ehrenkreuzes am Orden Pour le mérite an die Oberleutnants Rothendörfer und Villen-Rausch, an die Major Freiler von Nebelinn, von Sarder, Müller (St. West. Nr. 185), von Koch, Otto und Müller (St. West. West. Nr. 2) und an Leutnant D. H. Weitzens.

## Halle und Umgebung.

Halle, den 17. September 1918.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, den 16. September 1918.

Im Vorhandstisch die Herren Stadtvorsteher Geheimer Justizrat Dr. Keil, Justizrat Dr. Föhning und Eisenbahndirektor Förscher.

Zunächst teilte der Herr Vorsteher den Eingang einer Postkarte ohne Unterschrift mit, auf der eine Ermüdung des Straßenbahnfahrpfeiles auf 10 Pfennige für Soldaten angezeigt wird. Dieses Verlangen wird durch Ueberlegung zur Tagesordnung abgelehnt.

Hierauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Der Magistrat hat die Beschaffung folgender Kraftfahrzeuge für die Feuerwehr beschlossen: einer Motorpumpe mit Handdrückentriegelung zum Preise von 4570 Mark, einer Wasserteiler zum Preise von 50 500 Mark, zusammen 102 170 Mark. Gleichzeitige haben sich die Feuerwehren verpflichtet, durch die häufige Erzeugung der Wärme und Hochdruckmaterialien folgende Verbesserungen gegen genaueren Nachweis vorzunehmen: Die Kosten sind mit 56 000 Mark, welche auf die Rechnungsjahre 1919 zu übertragen sind — Versicherung für etwa 9 Monate —, auf Kap. XIV C. 1 zu verrechnen, während der Rest von 67 170 Mark in den Haushaltsplan für 1919 als einmalige Ausgabe einzustellen ist.

Es. Emmer kann für diese Vorlage nicht stimmen, weil die Geräte bei dem Fehlen von Gebleimtal jetzt nicht in der erforderlichen Weise gebaut werden könnten.

Der Berichterstatter Stv. D. h. ne jetztzeit diese Gedanken; die Vorlage wird von der Versammlung angenommen.

Die Besammlung beschließt, daß sein tragbare Feldbücherei der Verlagebuchhandlung Philipp Reclam jun. in Leipzig bei einer billigen Buchhandlung für die höchsten Regimente Nr. 36 und 75 bestellt und die Kosten von 440 Mark aus dem Kriegsfonds gedeckt werden. Berichterstatter Stv. F. o. e.

### Errichtung eines Mitteilungsamtes.

Hierüber berichtet Herr Stv. Herzfeld: In den ersten Kriegsjahren hatte, gegenüber der Zeit vor dem Kriege, die Zahl der leerstehenden Wohnungen in unserer Stadt erheblich zugenommen; während nämlich 1913 nur 653 Leerwohnungen gezählt wurden, konnten 1918 1127 leerstehende Wohnungen festgestellt werden. Auch im Jahre 1916 war nur eine geringe Abnahme der leerstehenden Wohnungen zu verzeichnen, die Zahl war von 1127 auf 1059 zurückgegangen. Demgemäß waren an dem hiesigen Wohnungsmarkt nicht wenig bearbeitet unrichtigen Erscheinungen bemerkbar, wie sie in anderen Städten, in denen ein erheblicher Zustrom von Bewohnern infolge des Krieges stattgefunden hatte, aufgetreten waren. Ein Bedürfnis nach Errichtung eines Einigungsamtes gemäß der Verordnung des Bundesrats vom 15. Dezember 1914 schien somit für

unserer Stadt nicht notwendig. Auch zur Zeit des Erlasses der Verordnung vom 26. Juli 1917 bestand nach der Begründung der jetzigen Vorlage ein wirksames öffentliches Bedürfnis hierfür nicht. Erst als das Ergebnis der am 1. November 1917 durchgeführten Wohnungszählung vorlag, zeigte es sich, daß nun auch hier eine gewisse Wohnungsnot zu beobachten war, die sich durch die im Laufe der letzten Jahre bei den Leerstehenden Wohnungen hatte sich auf 651 vermehrt und was damit aus dem Grund der dem Kriege angeht. Da aber nicht sowohl eine Bevölkerungsvermehrung als vielmehr eine Verminderung der Einwohnerzahl in unserer Stadt festzustellen war, so wurde auch jetzt noch nicht anerkannt, daß ein dringendes Bedürfnis besteht, besondere Einrichtungen ins Leben zu rufen, welche über die zwischen Mietern und Vermietern stets auftretenden Interessengegensätze entscheiden sollten, zumal auch das gemäß der Verordnung vom 15. September 1917 als Einigungsamt tätige Amtsgeschäft zunächst nicht in Halle zu übernehmen wurde. Erst im Laufe des Jahres 1918 trat infolge des härteren Zuganges nach der Stadt und der dadurch bedingten härteren Abnahme der verfügbaren Wohnungen, ferner infolge des sich auch hier bemerkbar machenden Anstieges der Wohnungsmiete, eine gewisse Wohnungsnot zu beobachten war. — In Anerkennung dieser Verhältnisse begannen hiesige Häuser durch Familien, die sich bisher mit weitläufigeren kleineren Wohnungen begnügt hatten, auf den Verkauf von Häusern und Aufkündigung der bisherigen, häufig mehrere Mietparteien durch den neuen Erwerber fehlte, so dem Zwecke, um das ganze Haus für seine Bedürfnisse zu benutzen, so daß die bisherigen Mieter bei der zunehmenden Wohnungsmangel keine passende Wohnung erhalten können — und endlich durch immer häufiger eintretende übermäßige Mietsteigerungen das Bedürfnis nach Schaffung eines Einigungsamtes herbor. Hierfür spricht auch die wesentliche Zunahme der bei dem Amtsgeschäft als Einigungsamt abhängig gewordenen Streitigkeiten.

Bemühungen, Verlangen zu finden, die zur Übernahme des Vorliebes befähigt und bereit gewesen wären, waren aber lange Zeit ergebnislos. Nachdem es jetzt gelungen ist, geeignete Personen für den Posten zu finden, hat der Magistrat beschlossen, ein Mitteilungsamt am 1. Oktober d. J. zu errichten. Das Amt soll am 15. Dezember 1918 und 26. Juli 1917 zu errichten und dieses mit den nach den erwähnten Verordnungen zulässigen Ermäßigungen und Befugnissen ausstatten zu lassen.

Das Einigungsamt soll in der Wohnung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern, von denen die Hälfte dem Kreise der Hausbesitzer, die Hälfte dem der Mieter angehören muß, تشکیل. Es soll möglichst zum 1. Oktober d. J. seine Tätigkeit aufnehmen. Zur die an den Vorsitzenden und den ersten Stellvertreternden Vorsitzenden zu zahlenden Vergütungen sind jährlich mindestens 3400 Mark erforderlich, der zweite Stellvertreternde Vorsitzende wird sein Amt ehrenamtlich versehen. Weiter wird die Bestellung eines besonderen Schriftführers für das Mitteilungsamt erforderlich werden, dem die Erledigung der Bureaugeschäfte (Entgegennahme des Antrages, Befolgung der Benachrichtigungen und Ladungen der Parteien, Führung der Protokolle in den Sitzungen usw.) obliegt; hierfür werden ebenfalls mindestens 1800 Mark jährlich erforderlich sein. Die sonstigen Bureaukosten werden auf 1600 Mark jährlich geschätzt, so daß das Mitteilungsamt etwa 6800 Mark im Jahre erfordert wird. Für die Zeit von 1. Oktober 1918 bis 31. März 1919 wird die Hälfte dieser Summe, also 3400 Mark, zur Deckung der Kosten des zu errichtenden Mitteilungsamtes aufbraucht werden.

Der Magistrat beantragt: 1. der Errichtung eines Mitteilungsamtes gemäß den Verordnungen vom 15. Dezember 1914 und 26. Juli 1917 und der Erwirkung der nach diesen Verordnungen für das Mitteilungsamt zulässigen Befugnisse auszukommen, 2. die zur Deckung der für das Mitteilungsamt im Rechnungsjahre 1918 erwartenden Kosten notwendigen Mittel in Höhe von 3400 Mark aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu bewilligen.

Der Berichterstatter Herr Stv. Justizrat Herzfeld wies darauf hin, daß wenn nicht freiwillig ein Mitteilungsamt errichtet wird, die Stadt von den Zentralbehörden dazu genötigt werden könnte. Es soll auch bereits darauf hingewiesen worden sein, daß der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Vorlage, denn die Sache spreche für sich selbst.

Stv. Gröbel: Es ist zu begrüßen, daß ein Mitteilungsamt errichtet wird. Schon 1915 wurde von unserer Seite ein dahingehender Antrag gestellt, bestiegten im vorigen Jahre. Jetzt nun ist es soweit gekommen, daß ein errichtet wird. Wie der Berichterstatter andeutete, nur durch Zwang. Es scheint, daß man prinzipiell nicht zustimmen will, wenn von unserer Seite ein Antrag kommt und daß man nur dem Zwange weichen sollte. Schon seit Jahresfrist und länger besteht hier eine Wohnungsnot, durch die Mietspreitzettelungen herbeigeführt werden. Nicht immer in solchen Fällen sollte man dem Zwange folgen. Gewiß hätte sich auch leicht ein Vorhaben finden lassen, aber es scheint, daß Anträge von unserer Seite unberücksichtigt bleiben. Ich möchte, daß die Verhandlungen sofortes statt finden und daß die Parteien genugener werden können, in der Verhandlung zu erörtern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive bemerkt, man hätte erwidern sollen, daß der Verrenter keine Beschädigung auszuweisen würde, hat dessen ist er wieder unzufrieden. Nicht Zufriedenheit haben Unzufriedenheit ist das Programm des Vorredners. Ein Zwang auf die Errichtung der Stadtverwaltung ist noch nicht eingetreten. Für uns wäre das unerheblich gewesen, denn der Magistrat hat freiwillig beschlossen, ein Mitteilungsamt zu errichten, und zwar deswegen, weil von dem früheren Standpunkte abgesehen werden konnte. Wenn andere Städte das Mitteilungsamt bereits nicht hatten, so folgt eine solche Notwendigkeit noch nicht für Halle. Niemand hat das Recht, zu sagen: Halle nicht wieder einmal nach! Es sollte nicht unsere Aufgabe sein, immer in dieser Weise die eigene Verwaltung zu kritisieren. Einen gewissen Auftrieb hat die Sache dadurch erfahren, daß der Magistrat keine Möglichkeit hatte, den Vöthen des Vorlesenden zu bejehen.

Stv. Gröbel erwidert: Schon im Jahre 1916 fand im Reichstagsratstag 613 Fälle bearbeitet worden, wobei es sich um Mietspreitzettelungen handelte. Das Mitteilungsamt hätte nicht erfinden können, aber es liegt es frei, was offen, was nicht offen, was teilweise, was teilweise abgelehnt wurde, weil er eben nur ein langjähriges Mitteilungsamt ist. Stv. Herzfeld: Die Beschlüsse des Mitteilungsamtes sind erst 1917 erweitert worden. Das Mitteilungsamt tritt in Wirklichkeit in den Fällen, daß dem Mieter ge-



